

Resolution der MV der Grünen BS zur Integrationspolitik

Fördern, Integrieren, Fordern – aber nicht Ausgrenzen

Im Schlepptau der Ausländerfeindlichen Politik der SVP wollen jetzt auch FDP, Liberale, CVP und Grünliberale die Integration- und Ausländerpolitik in Basel massiv verschärfen. Aufenthaltsbewilligungen, Niederlassung und Einbürgerungen sollen nur noch bei Erfüllung strenger Anforderungen für Spracherwerb und Integrationskurse gewährt werden. Integrationsvereinbarungen sollen für alle Migrantinnen- und Migranten obligatorisch werden. Die Einbürgerungsregelungen wollen diese Parteien mit diskriminatorischen Bedingungen verschärfen.

Die Grünen BS wenden sich entschieden gegen diesen Angriff auf die offene und differenzierte Integrationspolitik des Kanton Basel-Stadt, wie sie der Grosse Rat mit dem schweizweit als vorbildlich gelobten Integrationsgesetz von 2007 festgeschrieben hat. Die Schweiz und dies gilt auch für den Kanton BS ist ein Einwanderungsland, welches auf die vielfältigen Fähigkeiten, Leistungen und das Potential der hier lebenden Migrantinnen und Migranten angewiesen ist.

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung liegt im Kanton BS bei über 31%. Gleichzeitig nimmt die ohnehin tiefe Einbürgerungsrate seit Jahren kontinuierlich ab. Tatsache ist, dass fast ein Viertel der in der Schweiz wohnenden Ausländerinnen und Ausländer hier geboren wurden. Mehr als jede Dritte in der Schweiz lebende Person ist aus dem Ausland zugewandert oder ein direkter Nachkomme in der zweiten und dritten Generation. Unsere Spitäler, unsere Industrie, ja die ganze Wirtschaft würden ohne die hier lebenden Migrantinnen und Migranten nicht mehr funktionieren. Ein Viertel der in der Schweiz geleisteten Arbeit wird von ausländischen Erwerbstätigen erbracht. Ihr Beitrag ans Bruttosozialprodukt ist überdurchschnittlich gross.

Dass Integration und das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlicher Herkunft nicht immer einfach ist oder sogar scheitern kann, darf kein Grund sein für populistische Stimmungsmache und erst recht kein Anlass, ganze Bevölkerungsteile zu diskriminieren und auszugrenzen.

Die Grünen setzen sich dafür ein, dass Integrationshemmnisse beseitigt werden und nicht zusätzliche Hürden die Integration erschweren. Deutschkenntnisse sind eine entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Sprach- und Bildungsanforderungen dürfen aber nicht zum Vorwand werden, um jemanden etwa bei Lernschwierigkeiten oder erschwerten sozialen Verhältnissen das Aufenthaltsrecht oder eine Niederlassung zu verweigern.

Schliesslich setzt Integration voraus, dass Gleichberechtigung gefördert wird. Zuwanderinnen und Zuwanderer sollten von Anfang an als künftige Staatsbürgerinnen und Staatsbürger wahrgenommen werden - mit Rechten und Pflichten. Integrationspolitik sollte sich zum Ziel setzen, dass Migrantinnen und Migranten sich gesellschaftlich und politisch einbringen können, weil sie sich dadurch mit unserem Staatswesen und unserer Gesellschaft stärker identifizieren können. Umgekehrt erwarten wir von den hier lebenden Migrantinnen und Migranten, dass sie bereit sind, sich für unsere Gesellschaftsordnung zu öffnen und zur Entwicklung unseres Gemeinwesens beizutragen: Hierzu gehört nicht nur der Erwerb der deutschen Sprache, sondern auch die Bereitschaft, das individuell Mögliche zu tun, um sich mit den Gepflogenheiten und der demokratischen Kultur unseres Landes auseinanderzusetzen.

Für die Grünen ist das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer nach mehrjähriger Niederlassung im Kanton ein wichtiger Schritt zur Integration. Eine demokratische Gesellschaft kann es sich nicht leisten, ganze Bevölkerungsteile auf Dauer von der demokratischen Mitbestimmung auszuschliessen.

Aus den dargelegten Gründen, werden die Grünen BS:

- **sich entschieden dafür einsetzen, dass die Hürden für eine Niederlassung und die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländer nicht weiter verschärft werden,**
- **sich dafür engagieren, dass die in Basel wohnenden Ausländerinnen und Ausländer als willkommener und wichtiger Teil der Basler Gesellschaft wahrgenommen werden**
- **sich für das Stimm- und Wahlrecht für niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer einsetzen, wenn sie mindesten 5 Jahre Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt haben.**

Beschlossen von der Mitgliederversammlung der Grünen
Basel, 20. April 2010